Bezugsgebühr [illegible]

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

Joppen für **Herren** von **8** Mk. an. für **Knaben** von **4** Mk. an. **Schlafrock-Meyer,** Frauenstrasse 7.

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. I. Et.
Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Gegründet 1867.
Bettfedern und Daunen,
genähte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das
Special-Geschäft von Julius Udluft
An der Mauer 3 — Kgl. Hoff. — Ecke Seestrasse.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuheiten garnirter Damenhüte.
Regelmässige
persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Wien, Paris.

C. HESSE ✱ ALTMARKT
Königlicher Hoflieferant.
Grösstes Specialgeschäft für weibl. Handarbeiten.
Hervorragende Neuheiten.
Garnirte Brautkissen in allen Preislagen.
Reichste Auswahl aller Tapisserie-Materialien.

Putz- und Modewaarenhaus **C. Heinrich Barthel, Waisenhausstrasse 30** Fernsprecher I, 3390. **Eigene Filzhutfabrik. Neueste Modelle.**

Nr. 275. **Spiegel:** Der Fall Louis Stern. Hofnachrichten, Landesversicherungsanstalt, Frauenverein, Victoria-salon, Leipziger Lehrergesangverein, Gerichtsverhandlungen. | Vermuthliche Witterung: Wahrscheinlich Aenderung. | **Donnerstag, 3. Oktober.**

Politisches.

Zögernd, allmählich, gleichsam verschämt taucht an vereinzelten **Stellen der Presse** die Nachricht auf, daß der Prinzregent von Bayern das Gnadengesuch des in Kissingen wegen schwerer Beleidigung des königlichen Badekommissars Freiherrn von Thüngen **verurtheilten** New-Yorker Schnittwaarenhändlers Louis Stern abschlägig beschieden habe. Da die erste „Andeutung" dieser Art — denn anders kann man die beliebte Form der **Mittheilung nicht nennen** — in offiziöser Einkleidung erschien, so darf man zuversichtlich erwarten, daß kein Dementi den Eindruck der Thatsache hinterher verwischen und in sein Gegentheil verkehren werde. Freilich läßt dieser Eindruck auch noch so Manches zu wünschen übrig. Das öffentliche Rechtsbewußtsein hat die krampfhaften Anstrengungen, die von verschiedenen „hochgestellten" Seiten zu Gunsten des Herrn Stern gemacht worden sind, nicht vergessen. Es war eine peinvolle Zeit, als die jüdische und die freiwillig-jüdisch-gouvernementale Presse alle Hebel ansetzte, um den Lauf der Gerechtigkeit zu hemmen und dem Gewissen der Nation ein Schnippchen zu schlagen. Ein Hangen und Bangen in schwebender Pein war diese Zwischenzeit für alle diejenigen Kreise unseres Volkes, die der Macht des internationalen Kapitals gegenüber die nationale Ehre und Unabhängigkeit, die mit der Würde und dem Ansehen der Justiz untrennbar verknüpft sind, noch nicht preisgegeben haben und auch nicht preiszugeben willens sind. Die üble Wirkung dieser Vorgeschichte des jetzt endlich gegebenen abschlägigen Bescheides auf das Stern'sche Gnadengesuch, das übrigens unter den obwaltenden Umständen geradezu ein Monstrum von Balancirfähigkeit der Gesinnung bildet, wurde noch verstärkt durch den bisher nicht erhört gewesenen Versuch einer fremden Regierung, sich in ein schwebendes ausländisches Strafverfahren einzumischen. In der That, es war nicht zu viel gesagt, daß die Erledigung des Falles in einem dem Verurtheilten ungünstigen Sinne zu einer Frage der nationalen Ehre geworden war. Wenn also Herr Stern jetzt seine Kissinger Kur auf 14 Tage unterbrechen muß, um bei schmaler Kost über den Segen Knigge'scher Umgangsformen nachzudenken, so hat er das nicht zum Wenigsten dem Uebereifer seiner „Freunde" zu danken, die mit der ihm eigenen verhängnißvollen Ungeschicklichkeit zu seiner „Rettung" Alles thaten, was nur irgend geeignet war, sie unmöglich zu machen. Auch die Thatsache, daß seinerzeit von den „Freunden" des Herrn Stern jeder zu seinen Gunsten gethane Schritt in die Welt hinausposaunt wurde, während jetzt die Nachricht von dem endgiltigen Scheitern aller dieser Unternehmungen sich mühsam ihren Weg in die Oeffentlichkeit erkämpfen muß, kann die Freude an dem endlichen Siege des Rechtes nicht erhöhen. Je größer aber die Schwierigkeiten gewesen sind, die sich in dem vorliegenden Falle der ordnungsmäßigen Erledigung des Verfahrens entgegengethürmt habe, desto aufrichtiger muß auch die öffentliche Meinung allen Denjenigen Dank wissen, die die widrige Angelegenheit durch ihre Mitwirkung zu einem gedeihlichen Abschluß gebracht haben, indem sie, unbeirrt von allen fremden Einflüssen, nur der Stimme des Rechts und der Gerechtigkeit Gehör gaben. Dieser Dank gebührt in erster Linie dem unabhängigen Gerechtigkeitssinn jener deutschen Richter, die in dem Falle Stern das Urtheil gesprochen haben. Er gilt ebenso dem hochherzigen Regenten des Bayernlandes, dessen abweisender Bescheid das allgemeine Vertrauen gerechtfertigt hat, daß er den Spruch, den die in seinem Namen urtheilenden Richter seines Landes nach bestem Wissen und Gewissen gefunden hatten, nicht abändern werde zu Gunsten eines Willens, der von dem unabhängigen Theile des deutschen Volkes als eine fremde, unheilvolle Macht empfunden wird. Endlich aber und nicht am Wenigsten hat sich der Dank der Nation auch an den wackeren Mann zu richten, der durch seine unbeugsame Festigkeit den Anlaß zum Aufrollen der ganzen Angelegenheit gegeben hat, den Frhrn. v. Thüngen. Es ist nicht an das Tageslicht gekommen, was man Alles versucht hat, um den schwer beleidigten Beamten von der Verfolgung der Sache abzuhalten. Aus den Andeutungen aber, die darüber gemacht worden sind, kann man sich ein ungefähres Bild von dem Widerstande machen, der sich Herrn v. Thüngen in den Weg stellte. Es gelang jedoch nichts. Herr v. Thüngen wollte den Schild seiner Ehre rein und unbefleckt erhalten und stellte unerbittlich die Alternative: entweder gerichtlicher Austrag des Falles oder Rücktritt. Das ist ein erhebendes Beispiel einer in unseren Tagen recht rar gewordenen Charakterfestigkeit. Mögen Alle, die jetzt oder später dazu berufen sind oder sein werden, in Amt und Würden an der Lenkung der Geschicke unseres Volkes Theil zu nehmen, die Unabhängigkeit ihrer Gesinnung dem Vorbilde des Frhrn. v. Thüngen anpassen. Dann werden allmählich die Rücken, die sich jetzt vor den Stufen des Tempels, der den Götzen Mammon beherbergt, zu devoter Krümmung verziehen, sich wieder gerade recken und die Macht des jüdischen Goldes wird vor der sittlichen Festigkeit christlicher Männer ihren Stachel verlieren.

Die internationale Seite des Falles Stern bedarf noch einer besonderen Betrachtung, da sie eine Prinzipienfrage berührt, die auch nach der Erledigung der Sache offen bleibt. Das von der amerikanischen Gesandtschaft beliebte Interventionsverfahren zu Gunsten des Stern stellt nämlich, weil es vor dem ordnungsmäßigen Austrage des Falles durch die zuständigen deutschen Behörden erfolgt ist, nicht mehr und nicht weniger dar als eine amerikanische Einmischung in rein innere deutsche Angelegenheiten. Nun ist aber seit den Zeiten, die hinter der heiligen Allianz liegen, der Grundsatz der Nichteinmischung fremder Regierungen in die inneren Angelegenheiten eines Staates zu der unverrückbaren Grundlage der Beziehungen der civilisirten Mächte zu einander gemacht worden. Dieses Prinzip der Nichteinmischung wurzelt so fest in den modernen politisch-diplomatischen Anschauungen und es entspricht auch so vollständig den modernen Staatszwecken wie dem Begriffe der nationalen Souveränetät, daß es ein allgemein anerkanntes Rührmichnichtan in dem Verkehr der Staaten unter einander geworden ist. Wenn trotzdem die amerikanische Einmischung in dem Falle Stern bis jetzt fast unbeachtet geblieben ist und in der unabhängigen deutschen Presse nur einen verhältnißmäßig milden, gewissermaßen beiläufigen Widerspruch gefunden hat, so ist das wohl nur der lebhaften Erregung zuzuschreiben, die der Fall Stern zunächst nach der inneren Seite hin hervorgerufen hatte. Um so mehr erfordert es jetzt sowohl die Rücksicht auf unser nationales Ansehen wie das allgemeine politische Interesse, daß der von den Amerikanern bewiesene Mangel an internationaler Korrektheit nicht ungerügt bleibt. Der amerikanische Gesandte hätte zunächst die Entschließung des Prinzregenten auf das von dem Stern eingereichte Gnadengesuch ruhig abwarten müssen. Dann erst hätte er vom internationalen Standpunkte aus ein Recht gehabt, im Namen seiner Regierung um Strafaufschub zu bitten auf Grund von eventuellen neuen Thatsachen, die geeignet sein könnten, den Verurtheilten zu entlasten und eine Umstoßung des Urtheils in einem anderweitigen Verfahren zu erwirken. Da nun aber von einer solchen Möglichkeit in einem nach jeder Richtung so durchaus klaren Falle gar keine Rede sein kann, so erweist sich die „Unterstützung" des Stern'schen Gnadengesuches durch die amerikanische Gesandtschaft in Berlin sowohl formell wie materiell als ein durchaus ungerechtfertigter, gänzlich ungehöriger Versuch, die deutsche Justizhoheit von amerikanischen Sonderwünschen abhängig zu machen. Hoffentlich ist die ablehnende Verständigung an den Gesandten in einer Form erfolgt, die dazu angethan ist, jede etwaige fernere Neigung zur Beeinflussung unserer eigensten inneren Angelegenheiten auf amerikanischer Seite im Keime zu ersticken.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. Oktober.

Berlin. Hofprediger Stöcker berichtet in seinen Ausführungen über „Die falsche Kartellpolitik. Deutschlands Verhängniß" weiter: Am 14. August 1888 war ich, meiner Erinnerung nach, aus der Sommerfrische zu einer kirchlichen Amtshandlung auf einen einzigen Tag nach Berlin gekommen. Vier Wochen lang hatte ich vorher in meiner Alpeneinsamkeit gelebt, das schimpfliche Treiben der offiziösen wie der jüdischen Presse mit Sorge beobachtet und meinen Schmerz darüber keinem politischen Gesinnungsgenossen mittheilen können. In der Redaktion der „Kreuzztg." wollte ich nun meinem Aerger Luft machen, was doch begreiflich ist. Da ergeht an mich — immer vorausgesetzt, daß der Brief echt und richtig wiedergegeben ist — die Aufforderung, einige Artikel zu schreiben, in welchen „das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufgedeckt" werde. Offenbar also ist damals nicht von mir, sondern von der anderen Seite der Kampf gegen die Bismarck'sche Politik geplant worden, auch der Ausdruck „schnödes Spiel" wird von drüben gefallen sein. Nur um klarzustellen, schreibe ich dies, denn auch ich habe den Kampf gegen Fürst Bismarck's verhängnißvolle mittelparteiliche Politik immer gebilligt, in Wort und Schrift immer geführt und mache daraus nicht den geringsten Hehl. Ich habe den Fürsten allezeit in der äußeren Politik für den größten Staatsmann der Weltgeschichte, in der Nationalpolitik für einen der größten gehalten und erklärt; in der inneren Politik ist er mir dagegen, einige gute Griffe abgerechnet, als ein weniger glücklicher, in der innersten Politik, das heißt in der Pflege der sittlich-religiösen Lebensmächte, als ein für Deutschland verhängnißvoller Staatsmann erschienen. So stand ich immer, so stehe ich heute, so werde ich bis an mein Lebensende denken und die Geschichte wird ebenso urtheilen wie ich. Die von ihm begünstigte Kartellpolitik der Mittelpartei, welche auf die Vernichtung der christlich-konservativen Gruppe ausging, habe ich nie begriffen, so durchaus falsch ist sie. Was habe ich nun in dem Briefe erklärt? Ich habe den direkten Angriffen auf den Fürsten Bismarck widerrathen und zwar, um den Kaiser nicht zu reizen und nicht zurückzustoßen; überdies, weil ich diese Art des Vorgehens für erfolglos hielt. Man hat den Satz „Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück", so aufgefaßt, als hätte ich diese Zwietracht säen und den Kanzler stürzen wollen. Diese Auffassung ist böswillig. Jener Satz kann doch bedeuten, daß vor dem Säen der Zwietracht gewarnt werde, und das Wort „merken" braucht nicht als ein Entdecken von Heimlichkeiten, es kann im Sinne von Bemerken gemeint sein. Da ich den Brief überhaupt vergessen hatte, kann ich natürlich auch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie ich das einzeln gemeint habe, aber es ist mir eine große Genugthuung, daß die „Badische Landpost", deren Redakteur mit mir in manchen Punkten der politischen und sozialen Anschauung weit auseinander geht, die Sache von vornherein so aufgefaßt hat, wie ich sie allein gemeint haben kann, denn ich kann versichern und berufe mich dafür auf alle meine näheren politischen Freunde, daß ich niemals, trotz der größten Meinungsverschiedenheit in inneren und kirchlichen Fragen, den Abgang des Fürsten gewünscht habe .... Bei dieser meiner Anschauung über Fürst Bismarck, in der ich nie geschwankt, ja sogar in den Zeiten der Sozialreform und der neuen Wirthschaftspolitik einer zeitweis lebhaften Zustimmung zu seiner inneren Politik Raum gelassen habe, wäre es mir unmöglich gewesen, den Sturz desselben zu betreiben, ganz abgesehen von der Lächerlichkeit eines solchen Unterfangens in meiner Stellung. Mein Brief ist ohne Zweifel in starken Ausdrücken geschrieben, die daher stammen mögen, daß ich in kurzen Strichen ein deutliches Bild des Nothwendigen geben wollte. Im Grunde besagt er doch nur, daß man vier prinzipielle Fragen: die Judenwirthschaft, das christliche Gymnasium, die theologischen Professuren, die Mittelparteipolitik, wie sie in der Stellung des Kanzlers zu der Berliner Bewegung hindernd hervortrat, in der Presse scharf behandeln und dadurch dem Kaiser den Eindruck machen soll, er sei in diesen Punkten übel berathen. Alle vier Punkte sind Kernpunkte der Staats- und Kirchenpolitik, absolute Trennungspunkte zwischen den Mittelparteien und uns. Daß der Kaiser in diesen Punkten mehr mit uns als mit Bismarck fühlte, nahm ich als gewiß an; ihn in diesen seinen fürstlichen Anschauungen stärkend zu helfen, war mein einziges, aus der Liebe zum Vaterlande und der Kirche hervorgehendes Bestreben.

Zwickau. Die 8. Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde heute mit einer Ansprache des Grafen von Wintzingerode unter reger Betheiligung aus allen Theilen Deutschlands eröffnet. Zum 1. Vorsitzenden wurde Graf von Wintzingerode, zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden Oberbürgermeister Streit-Zwickau, zum zweiten Stellvertreter Superintendent Meyer-Zwickau gewählt. An den Kaiser wurde folgendes Huldigungstelegramm gerichtet: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser, Allergnädigster Kaiser und Herr! In tiefster Ehrfurcht nahen wir uns Allerhöchstihrem Throne. In Eurer Majestät erhabener Person ist die Einheit Deutschlands verkörpert, die vor 25 Jahren unter der glorreichen Führung von Eurer Majestät Vorgängern durch die deutschen Heere erkämpft worden ist. Finstere Gewalten aus verschiedenen Lagern sind es, welche die so schwer errungene Einheit gegenwärtig bedrohen. Es bedarf einer starken Macht und einer starken Hand, um die Gefahren zu beschwören. Im Grunde kann nur eine tiefe religiöse Umkehr, nur der Glaube an die Gnade Gottes in Christo uns schützen und stützen. Wir bitten Gott, daß es Eurer Majestät gelingen möge, alle am wahren Wohle des Vaterlandes bauenden Kräfte zu pflegen, alle zerstörenden aber niederzuhalten oder zu entwaffnen. Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen." — An den König von Sachsen wurde folgendes Telegramm gerichtet: „Eurer Königl. Majestät, dem milden und gerechten Herrscher, unter welchem die evangelische Kirche Sachsens alle Zeit Schutz und Förderung gefunden hat, bringt der in Zwickau versammelte Evangelische Bund seine ehrerbietige Huldigung dar. Wir kommen nicht, um in friedliche Zustände Zwietracht hineinzutragen, sondern, um an unserem Theil unveräußerliche geistige Erbgüter des deutschen Volkes zu wahren. Wir erbitten Gottes Segen und Schutz für Eure Majestät, einen Fürsten, der an Deutschlands gegenwärtiger Einigung und Erhebung einen so hervorragenden Antheil hat. Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen."

Breslau. Der Kaiser wird, einer Einladung des Oberpräsidenten Fürsten Hatzfeld folgend, im Laufe des Herbstes zur Abhaltung einer Hochwildjagd in Trachenberg eintreffen.

Kiel. Das dänische Segelschiff „Sarah Johanna", von Schweden hieher bestimmt, ist 5 Wochen überfällig. Man vermuthet, daß es mit der ganzen Bemannung in der Ostsee untergegangen ist. — Der große Kohlendampfer „Christian" aus Rendsburg ist in Folge einer Kollision in der Nordsee gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

München. Abgeordnetenkammer. Auf die Interpellation Schädler, betr. die Vorfälle in Fuchsmühl, erwiederte der Minister Freiherr v. Feilitzsch, das Urtheil des Landgerichtes in Weiden stelle fest, daß der Bezirksamtmann Wall in Tirschenreuth zum Aufgebot der bewaffneten Macht berechtigt war. Wall habe jedoch die rechtzeitige telegraphische Anzeige über die Fuchsmühler Vorfälle an die Staatsbehörden zu erstatten unterlassen, welche daher nicht in der Lage waren, Ministerialkommissare zu entsenden. Das Militär habe durchweg vorschriftsmäßig gehandelt. Die Regierung bedauere das unglückliche Vorkommniß in Fuchsmühl, sei jedoch nicht in der Lage, Maßregeln zu bezeichnen, welche die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse endgiltig ausschlössen. Die Besprechung der Interpellation erfolgt morgen.

Mannheim. Die „Karlsruher Landesztg." erhebt heute öffentlich gegen den sozialdemokratischen Parteiführer August Dreesbach den Vorwurf des Betrugs und fordert ihn zur Klageerhebung auf.

Kassel. Die erste gestrige Aufführung von Humperdinck's Märchenoper „Das eherne Pferd" im hiesigen Hoftheater erzielte ungewöhnlich lebhaften Beifall. Der anwesende Komponist wurde am Schlusse stürmisch hervorgerufen.

Wien. Die Morgenblätter besprechen den Amtsantritt des neuen Kabinets Badeni. Das „Fremdenblatt" weist darauf hin, daß der neue Kabinetschef bei der Schaffung des Koalitionskabinets in hervorragender Weise thätig war, daß er nunmehr die Liquidation der Koalition, beschwert durch den bedeutsamsten Rest des Nachlasses des Kabinets Taaffe durch die Wahlreform, übernommen habe. Es wird nunmehr die Aufgabe des neuen Kabinets sein, die konservativen aufrichtig parlamentarischen Elemente zu erhalten und zur Lösung der ihrer harrenden Staatsaufgaben heranzuziehen. Graf Badeni sei hierzu der richtige Mann. Auch unter den Kabinetsmitgliedern sei keines, das nicht von der Nothwendigkeit erfüllt sei, alle konservativen Parteien um die Staatsinteressen zu gruppiren. — Das „Neue Wiener Tageblatt" hebt hervor, Graf Badeni habe sich mit einem behutsam ausgewählten Stabe umgeben und der äußere Eindruck seines Regierungsantrittes sei kein unsympathischer. Die Hoffnung auf bessere Zeiten werde allerdings erst nach Bekanntwerden der Regierungserklärung positive Festigkeit gewinnen können. Das Regierungsprogramm sei indeß in seinen Hauptzügen durch die Staatsgrundgesetze vorgezeichnet und wenn sich daran die unbeugsame Entschlossenheit, die Umsturzbewegung unschädlich zu machen, reihe, so werde sich die neue Ordnung der Dinge ersprießlich entfalten. — Das „Wiener Tagblatt" meint: Wir brauchen endlich einmal eine Politik des gesunden Menschenverstandes, eine gerade, natürliche Politik. — Auch die übrigen Blätter besprechen das Ereigniß je nach der Parteistellung. Die österreichische „Volksztg." erblickt in dem neuen System nur die Fortsetzung des alten, dem sie nicht feindlich, aber zurückhaltend gegenüberstehe. — Die „Deutsche Ztg." und „Ostd. Rundschau" stehen entschieden auf gegnerischer Seite, während das „Deutsche Volksblatt" mit seinem Urtheil noch bis zu den amtlichen Erklärungen des Grafen Badeni zurückhält.

Paris. Der Minister des Auswärtigen will den Kammern ein vorzugsweise die ostasiatischen Angelegenheiten behandelndes Gelbbuch vorlegen, dessen interessantester Theil sich auf das Zusammenwirken Deutschlands, Rußlands und Frankreichs in der chinesisch-japanischen Frage bezieht.

Paris. Einem Briefe aus Majunga zufolge beträgt die Zahl der Todten bei dem Expeditionskorps ca. 2000, darunter 1100 Europäer. Die Zahl der Kranken, die sich in den Hospitälern aufgehalten, wird auf 7000 beziffert, von denen der größte Theil jedoch im Stande sein dürfte, wieder zu seinen Truppentheilen zu stoßen. — Der Großfürst Konstantin ist in Begleitung des Ministers Hanotaux und des französischen Botschafters am russischen Hofe Grafen Montebello in Fontainebleau eingetroffen. Er machte dem Präsidenten Faure einen Besuch und nahm das Frühstück mit demselben ein. Um 2 Uhr reiste er wieder ab.

Schweich a. d. Mosel. Bei dem hiesigen Kirchenbau sind heute 3 Zimmerleute abgestürzt, von denen 2 gestorben sind.